

KARL JETTMAR

Kann Entwicklungshilfe die Stützung einer Status-Quo-Politik vermeiden?

Aus: Friedemann Büttner (Hrsg.)

Sozialer Fortschritt durch Entwicklungshilfe?

CLAUDIUS VERLAG MÜNCHEN

Faktoren der Dekolonisierung

Der weitgehende, wenn auch nicht vollständige Abbau kolonialer Herrschaft in Asien und Afrika beruhte auf dem kaum voraussehbaren und auch heute selten reflektierten Zusammenspiel mehrerer Faktoren:

1. Durch den Amoklauf Hitler-Deutschlands waren die Kolonialmächte politisch und militärisch paralysiert worden. In Asien wurden sie gezwungen, die Unterstützung der von ihnen Beherrschten gegen einen weiteren Aggressor, nämlich Japan, zu suchen.

2. Nach Überwindung dieser Krise waren die bisherigen Kolonialherren von der Supermacht USA abhängig geworden, die aus Tradition antikolonial eingestellt war und deren Industrie zudem hoffte, bei einer Öffnung der bisherigen Kolonialgebiete neue Märkte zu erschließen.

3. Das einzige Imperium, das diesen Bestrebungen hätte Widerstand leisten können, nämlich die Sowjetunion, war, wenn auch aus ganz anderen Interessen, ebenfalls an der Liquidierung der Kolonien interessiert.

4. Das Überlegenheitsbewußtsein Europas hatte gerade durch die Überspannung zur Herren-Ideologie einen vernichtenden Schlag erhalten. Darüber hinaus war für die westliche Welt der Autoritätsbegriff in einmaliger Form diskreditiert worden.

So ist es möglich gewesen, daß der Abbau eines Kolonialsystems, dessen Errichtung in mehreren Jahrhunderten erfolgt war, in weniger als zwei Dezennien fast total vollzogen werden konnte, z. T. jede Reaktionsbereitschaft der davon Betroffenen überfordernd. Ich erinnere

mich an die Erzählungen einer deutschen Ethnologin, die die Ereignisse im Kongo miterlebt hat: Die Masse der Bevölkerung stand den Ereignissen fassungslos gegenüber. Man wollte nicht glauben, was sich vor den eigenen Augen abspielte. Erst als die belgischen Beamten sich weigerten, weiter zu amtieren, mit dem maliziösen Bemerkungen, von nun ab müsse man sich selber regieren, dämmerte es den Einheimischen auf, daß plötzlich eine Herrschaft zuende gegangen war, deren Beginn die ältesten Stammesangehörigen gerade noch erlebt hatten.

Vergleichbar ist nur die Entkolonialisierung Mittel- und Südamerikas, die ebenfalls durch eine interne Schwächeperiode (der spanischen Macht in den napoleonischen Kriegen) ausgelöst wurde.

Die Rasanz des Dekolonisierungsprozesses hat auch die Position jener Länder, die selbst unabhängig geblieben waren, grundlegend modifiziert und ihre wirtschaftlichen Abhängigkeiten z. T. gelöst, zum Teil verändert. So werden sie heute mit den ehemaligen Kolonien unter dem diskriminierenden — und gleichzeitig beschönigenden — Terminus „Entwicklungsländer“ zusammengefaßt.

Postkoloniale Herrschaftsbildungen

Das Tempo, mit dem der Prozeß ablief, ist mit schweren Belastungen für die Zukunft erkaufte worden. Die Wirtschaft der Entwicklungsländer bildete keine ausgewogene und integrierte Einheit, sondern nur Teile eines abrupt zerbrochenen Systems. Die Umstellung auf eine mindestens partielle Eigenindustrialisierung war fast überall noch zu leisten. Sehr oft erbte man Monokulturen, für die jetzt plötzlich der gemeinsame Markt und eine wirkungsvolle Preisregulation fehlten.

Die politischen Systeme, die sich in den ehemaligen Kolonien bildeten, sind dadurch charakterisiert, daß kleine elitäre Gruppen, oft Handlanger der Kolonialmacht, in die Rolle der bisherigen Herren einrückten. Man könnte ohne weiteres von „postkolonialen Herrschaftsbildun-

gen“ sprechen¹. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet gab es solche Nachfolgeprozesse. Ganz allgemein war eine hohe soziale Mobilität festzustellen. Die Intellektuellenschicht nahm stark zu, ohne daß die Qualität der Ausbildung hätte Schritt halten können.

Die neuen Herren waren nun nicht nur gegenüber dem eigenen Volk in der Lage, das Erbe der Kolonialisten anzutreten, sondern auch gegenüber jenen anderen Ethnien, die die künstlichen Grenzen, die man aus der Kolonialperiode beibehalten hatte, in das gleiche Staatsgebilde einschlossen. Es fehlten objektive Schiedsrichter jenes Typs, den wenigstens die besten Kolonialbeamten verkörpert hatten. Ein schematisch übertragenes System parlamentarischer Demokratie sorgte dafür, daß diese anderen Nationalitäten nunmehr majorisiert werden konnten.

Der Münchner Ethnologe Hermann Baumann hat schon vor Jahren, in einer Periode scheinbarer Stabilität, die von den bisherigen Kolonien übernommene Grenzziehung in Afrika, die ethnische Gruppen durch mit dem Lineal gezogene Linien entzweischneidet, dafür aber traditionelle Gegner zusammensperret, als einen Unruhefaktor ersten Ranges bezeichnet², heute können wir sagen: als eine Aufforderung zum Völkermord.

Die Kämpfe, die sich als Konsequenz vor unseren Augen abgespielt haben, sind blutiger verlaufen als die gesamten Auseinandersetzungen der späten Kolonialzeit. Die neuen Herren fühlten sich nämlich nicht wie die Staatenlenker der Kolonialmächte durch die Weltmeinung belastet. Sie ließen noch rücksichtsloser schießen, als es bisher schon üblich war. Als naheliegende Belege lassen sich der

¹ Einen ähnlichen Standpunkt vertritt Gunnar Myrdal in seinem Buch *Asian Drama. An Inquiry into the Poverty of Nations*, Harmondsworth, Middlesex 1968.

² Baumann hat dies in einer Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit demonstriert. Eine ähnliche Auffassung in H. Baumann, „Grundeinsichten der Ethnologie in die neuen afrikanischen Entwicklungen“, in: *Zeitschrift für Ethnologie*, Bd. 87 (Braunschweig 1963), H. 2, S. 250–263.

Kongokrieg, die Niederwerfung der Ibo in Nigeria, die Auseinandersetzungen im Sudan wie im Tschad und als jüngeres asiatisches Beispiel die Tragödie innerhalb Pakistans anführen. Was sich in Indonesien vollzog, muß ebenso unter nationalen wie unter sozialen Gesichtspunkten betrachtet werden.

Die Weltmächte haben in diesem Prozeß eingegriffen, wenn es um die Abgrenzung ihrer eigenen Interessensphären ging. Wie sehr sie dabei in traditionelle Machtpolitik zurückfielen, zeigte letzthin das Verhalten Chinas in der Pakistan-Krise.

Angesichts dieses Bildes muß man sich fragen, ob es nicht im Interesse der Kolonisierten selbst gelegen hätte, den Abbau der bisherigen Herrschaftsverhältnisse stufenweise und unter Berücksichtigung der dabei gemachten Erfahrungen durchzuführen. In einer solchen Übergangsphase hätte es einmalige Chancen gegeben, einen systematischen wirtschaftlichen Aufbau unter stabil gehaltenen Verhältnissen durchzuführen. Eigentlich wären die Kolonialmächte verpflichtet gewesen, zunächst einmal und als Wiedergutmachung für die bisherige Ausbeutung eine Erziehungsarbeit auf breiter Front zu leisten. So etwas ist möglich; heute sehen wir ja, daß das wunderbare Aufblühen der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland und in Japan darauf beruhte, daß Besatzungsmächte eine Schonfrist geringster Rüstungsausgaben und politischer Stabilität garantierten. Damit entstand jenes Niveau, das wir jetzt zu „systemverändernden“ Experimenten gebrauchen — oder mißbrauchen — können. Vielleicht wäre es eine entscheidende Aufgabe für eine Weltorganisation gewesen, auch anderen Völkern eine Phase der Konzentration auf ökonomische Aufgaben zu bescheren. Da die UNO aber sofort in den Kalten Krieg hineingeriet, war sie dafür ungeeignet. Sie hat lediglich in einzelnen Fällen durch Truppenkontingente die ablaufenden Prozesse verzögern können.

Man muß sich freilich darüber klar sein, daß eine solche internationale Kontrollbehörde in vielen Fällen restriktiv

tive Aufgaben gehabt hätte. Es ging darum, in einer chaotischen Zeit des Übergangs den Aufstieg allzutüchtiger Einzelner und skrupelloser Pressure Groups zu verhindern.

Voraussetzungen für die Bereinigung der postkolonialen Situation

Nun ist es natürlich auch ohne eine Weltregierung möglich, die Versäumnisse und die neuen Belastungen der postkolonialen Phase auszugleichen. Allerdings wird dies ein Höchstmaß an Disziplin erfordern, den Versuch einer Kapitalbildung durch Konsumdrosselung und eine rigore Abschirmung gegenüber den Anreizen, die von den in den hochindustrialisierten Staaten produzierten Luxusgütern ausgehen. Die internen ethnischen Spannungen müssen durch einen systematischen Erziehungsprozeß abgebaut werden, der die Gefühle gemeinsamen Stolzes und gemeinsamer Bedrohung einzusetzen weiß. Wie oft es sich dabei um restriktive Maßnahmen handeln wird, zeigt schon das Problem des Geburtenüberschusses. Die einzige effektive Abhilfe, die ich weit und breit sehe, ist eine ideologisch fundierte Reglementierung der Sexualität — konkret: eine durchgehende Erhöhung des Heiratsalters, so wie dies tatsächlich in China auferlegt und auch erreicht wurde.

Solche Rezepte sind meist in den Ländern der „sozialistischen Lager“ verwirklicht worden, wie schon der Hinweis auf China andeutet. Der Erfolg scheint davon abzuhängen, daß es gelingt, den revolutionären Elan in die Bereitschaft umzusetzen, schwerste Belastungen und zentralistische Bevormundung auf sich zu nehmen. Wahrscheinlich reicht jedoch auf die Dauer die Begeisterung nicht ganz aus, um die Verzichte zu motivieren. Ich glaube nicht, daß Stalins Regime des Terrors ein bloßer Verkehrsunfall auf dem Wege von der Volkserhebung zur hochindustrialisierten Gesellschaft gewesen ist.

Eine Politik mit ähnlichen praktischen Auswirkungen

kann jedoch im Namen der verschiedensten Ideologien betrieben werden. Das ist heute so — wie der ökonomische Erfolg faschistischer Regime mit perfektionierter Geheimpolizei zeigt —, früher war es nicht anders.

Gegner des Marxismus mit marxistischer Vorbildung bzw. Vergangenheit wie z. B. Karl Wittfogel haben behauptet, daß die marxistischen Bürokratien eine bis ins Altertum zurückreichende Vorgeschichte haben. Die orientalischen Despotien in „hydraulischen Zivilisationen“ (d. h. unter der Notwendigkeit stehend, umfassende Bewässerungssysteme anlegen zu müssen) seien bereits in der Lage gewesen, staatlich kontrollierten Masseneinsatz der Bevölkerung organisatorisch zu bewältigen. Deshalb wurde Privatbesitz an den Produktionsmitteln kontrolliert oder ausgeschaltet, eine religiös motivierte Einsatzbereitschaft durch zielbewußte Erziehungsprozesse erreicht³.

Es gibt aber ein sehr viel unverfänglicheres und näherliegendes Vorspiel. Man kann an den Etatismus und Merkantilismus des 17. und 18. Jahrhunderts erinnern, der in vielen Ländern Europas der verhältnismäßig kurzen Blüte eines unkontrollierten Kapitalismus vorausgeht. Vielleicht das beste Beispiel für eine rasche Modernisierung nach westlichem Vorbild unter Zuziehung fremder Experten im Dienste einer konsequent agierenden Staatsgewalt ist das Rußland Peters des Großen. Es ist richtig, daß es in diesem Staat auch zum Aufbau größter Vermögen kam (etwa der Demidovs) und einen erblichen Adel gab — aber das blieb alles nur Instrument, geduldet, solange es der Staatsräson entsprach. Wahrscheinlich ist die Bedeutung des „privatwirtschaftlichen Sektors“ lediglich durch die begrenzten administrativen Möglichkeiten dieser Periode zu erklären. Jedenfalls hat es eine soziale Mobilität sowohl unter den Kapitalisten wie unter den Inhabern der höchsten Regierungsämter gegeben, die auch zweihundert Jahre spä-

³ K. Wittfogel, *Oriental Despotism. A Comparative Study of Total Power*, London 1957.

ter, also nach der „Großen Revolution“ nicht über-
troffen, vielleicht nicht einmal erreicht wurde: Nikita
Demidov war der Sohn eines leibeigenen Schmiedes,
Menschikov gelernter Konditorgeselle. Wenn es zu wirt-
schaftlichen Machtballungen kam, die der Krone lästig
wurden, dann wurde auch später noch in Rußland rück-
sichtslos enteignet. Auf diese Weise kamen z. B. die süd-
sibirischen Goldschürfen in Staatsbesitz.

Natürlich ist in diesen Pionierzeiten staatlicher Lenkung
mit einem für unsere Ökonomen frustrierend simplen
Instrumentarium gearbeitet worden. Die mangelnde Mo-
tivation bei den zu entwickelnden Landeskindern ist oft
genug durch Zwang ersetzt worden — die Kartoffel etwa,
die die Ernährungsbasis in deutschen Landen so unge-
mein verbreitert hat, wurde keineswegs gern rezipiert.
Aber es fragt sich, ob nicht solche simplen Maßnahmen
an vielen Orten noch heute angemessener sind als kompli-
zierte Programme.

Entscheidend ist allerdings die Kontinuität und die Ko-
ordinationskraft der politischen Führung. Was aus einer
länderbezogenen Programmierung wird, wenn die nicht
gewährleistet ist, hat sich soeben bei dem Zusammen-
wirken deutscher und ghanesischer Stellen gezeigt: Ein
schöner deutscher Entwurf meines Kollegen Kruse-Ro-
denacker geriet zunächst zwischen die Ressorts in Accra,
dann in einen Wechsel des Fünfjahresplans und schließ-
lich in die Konsequenzen eines Umsturzes⁴.

Chancen für das Eingreifen Dritter

Kurz gesagt, die Dekolonisierung hat die Entwicklungs-
länder in eine Phase der Eigenverantwortlichkeit entlas-
sen, der sie wahrscheinlich nur durch systematische Stär-
kung des Staatsapparats gerecht werden können, analog
jener, die im Europa des 17. und 18. Jahrhunderts durch-
geführt wurde.

⁴ Vgl. *Entwicklung und Zusammenarbeit. Beiträge zur Entwick-
lungspolitik*, 13. Jg. (Bonn 1972), H. 2, S. 16.

Das eigenartige Phänomen in Europa ist nun, daß wir uns gleichzeitig nicht mit der Rolle des Außenstehenden begnügen wollen, daß wir in eine Phase des Helfenwollens und der globalen Verantwortung eingetreten sind. Vielleicht hängt das mit einer Säkularisierung des europäischen Missionsbewußtseins zusammen. Unsere Heilsvorstellungen wurden aus dem Spirituellen in den sozialen Bereich transferiert, wobei sich natürlich die alte Belastung jeder Mission einstellte, nämlich daß sich machtpolitische und ökonomische Interessen dieses Vehikels bedienen.

Wenn wir das als gegeben annehmen, dann können wir nur darüber diskutieren, wie sich dieses Ethos sinnvoll auswirken kann. Wir haben die grundlegende Tatsache zu berücksichtigen, daß es eine Weltregierung mit globaler Verantwortung und globaler Zuständigkeit nicht gibt. Eine Überwachungsbehörde für den Liquidierungsprozeß der Nachwirkungen des Kolonialismus ist und bleibt daher Utopie.

Man hat sich darum frühzeitig darauf beschränkt, vorwiegend auf ökonomischem Gebiet tätig zu werden, und hat diesen Versuch — mit einigen Garnierungen umgeben („Sozialstrukturhilfe“) — „Entwicklungshilfe“ genannt. Gleichzeitig bedeutet es, daß solche Hilfsversuche ihre Rechnung mit den neuen Herren der ehemaligen Kolonien machen müssen. Diese — und nicht wir — vermögen letzten Endes den Einsatz der Hilfe zu bestimmen. Sie können die Hilfe manipulieren.

Kann man dem entgegenwirken? Kann man vermeiden, daß Entwicklungshilfe benutzt wird, bestehende gesellschaftliche Verhältnisse aufrechtzuerhalten bzw. die Herrschenden in jenen Sozial- und Staatsordnungen zu stützen, die sich in Asien und Afrika erst vor kurzem gebildet oder neu stabilisiert haben?

Wie weit die Manipulationsmöglichkeit der Empfänger geht, kann man am Beispiel der sogenannten Budgethilfe zeigen: Sie wird normalerweise nicht Militäraufgaben dienen — sie kann aber zur Freistellung von Geldern

führen, die man zum Unterhalt einer überdimensionierten Streitmacht braucht. Wir wissen heute, daß solche Armeen nur in seltenen Fällen gegen einen auswärtigen Landesfeind, sondern vor allem gegen die eigenen Minoritäten und in sozialen Auseinandersetzungen eingesetzt werden.

Alternative Strategien der Geberländer

Die Besorgnis, manipulierte Entwicklungshilfe werde in jedem Fall den *status quo* stützen, läßt sich verhältnismäßig leicht ausräumen, wenn man sich in die Position eines orthodoxen Marxisten sowjetischer Prägung begibt. Die UdSSR hilft bekanntlich auch Regimen, die sie als reaktionär bezeichnet⁵, und argumentiert dabei intern mit der Determiniertheit des wirtschaftlichen und sozialen Ablaufs: Am Ende jeder Entwicklung muß der Kommunismus stehen, der über eine Reihe von Stadien erreicht wird. Dynamik, die das Bestehende der nächsten Phase näherbringt, und sei es der Hochkapitalismus, dient damit letzten Endes doch dem angestrebten Ziel. Konkret: Hochkapitalismus führt zur Bildung eines Proletariats, vordergründige Verschärfung der Klassengegensätze zur Revolution.

Ich halte diese Argumentation keineswegs für unbegründet. Andererseits ist unser Glaube an unabänderliche, quasi naturgesetzliche Entwicklungen auf sozialem Gebiet angeschlagen. Heute könnte man sagen, daß Marx die Weltrevolution verhindert hat, gerade weil er sie prophezeite. Verfrühte Aktionen, die aus dem Bewußtwerden dieses Ablaufs resultierten, haben dem Kapitalismus die Chance gegeben, Gegenkräfte zu mobilisieren, den Ablauf zu manipulieren. Es ist dies übrigens eine Abwandlung der These von Raymond Aron, die Sozialwissenschaften könnten prophezeien — wenn es die Sozialwis-

⁵ Vgl. V. A. Kondrat'ev, „Industrializacija razvivajuščichsja stran i formirovanie nacional'nych kadrov“, in: *Narody Azii i Afriki* 4/1971, str. 3–15.

senschaften nicht gäbe oder es die Sozialwissenschaftler mindestens über sich bringen würden, ihre Einsichten nicht an die große Glocke zu hängen.

Es ist also die Frage, was man bei geringerem Glauben an eine determinierte Entwicklung positiv unternehmen kann?

Das Hauptrezept der BRD oder mindestens der verantwortlichen Köpfe im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit scheint im Augenblick zu sein, die Hilfe auf jene Staaten zu konzentrieren, deren Regierungen bereits die Anfechtungen der postkolonialen Phase überwunden haben und sich das Ziel sozialer Gerechtigkeit setzen.

Abgesehen von den Schwierigkeiten, sich aus bisherigen Verpflichtungen zu lösen, ist damit die Gefahr verbunden, daß Länder nicht unterstützt werden, deren Bevölkerung in besonders schwieriger ökonomischer Situation lebt. Das wird z. B. sehr bald für die Menschen in den Nachfolgestaaten Pakistans zutreffen. Außerdem enthält eine solche Einstufung von Regierungen nach dem Konzept des sozialen Verantwortungsbewußtseins naturgemäß immer ein sehr starkes subjektives Element.

Man könnte nun die Tatsache, daß man mit der Bevölkerung auch deren Regierung unterstützt, in Kauf nehmen, aber eine Kompensation einbauen, indem man gleichzeitig Projekte der Bildungshilfe hinzufügt und für einen breiten Kontakt zwischen dem betreffenden Entwicklungsland und den eigenen Ausbildungsstätten sorgt. Damit werden nämlich, gewissermaßen automatisch, Denkschemata eingeschleust, die bei uns dominieren — und sie dienen sicher nicht der Systemstabilisierung. Sie sind, um es mit dem Schlagwort zu sagen, antiautoritär und zielen auf eine Reduktion der staatlichen Eingriffsmöglichkeiten.

Die Frage ist nun, ob wir damit nicht eine Frucht exportieren, die infolge ihrer Unreife selbst für uns schwer verdaulich ist. In diesem Denken werden nämlich die positiven Funktionen des Establishments als vorgegeben

betrachtet. Es wird vorausgesetzt, daß das Establishment den Schutz des Individuums und die Sozialfürsorge auch dann weiter wahrnehmen kann, wenn man es „entlarvt“ und „ständig in Frage stellt“.

Es ist hochinteressant, etwa in der Darstellung von Thomas Mann das Milieu zu studieren⁶, in dem sich diese Ideologie gebildet hat: Denker von höchster geistiger Potenz hatten soeben die brutale Macht des Staates erlebt, sie sahen sich nun einem zwar naiven, aber ebenfalls brutalen Giganten gegenüber, dem amerikanischen Kapitalismus. Es schien, es müßte möglich sein, diese Monster aufeinander zu hetzen, damit nachher eine freiere Welt der bisherigen Außenseiter entstehen könnte.

Dabei wurde übersehen, daß man die Macht des Establishments nur dann reduzieren kann, wenn ein verbindliches Normensystem bleibt und die Regelung der zwischenmenschlichen Beziehungen übernimmt. Setzt auch hier eine Reduktion ein, dann entsteht ein Vakuum, das bei einer ernsten Belastungsprobe keine Chancen hat. Das mag noch angehen, solange die Belastungsprobe ausbleibt: Schweden, das wir gerne heute als Muster betrachten, hat seit 150 Jahren keinen Krieg und keine Naturkatastrophe mehr erlebt.

Ganz anders ist die Situation in den Entwicklungsländern. Hier muß ja erst ein staatlicher Apparat errichtet werden. Hier gilt es, das Interim einer rasch um sich greifenden Korruption zu überwinden. Alle jene sozialen Voraussetzungen, die in Mitteleuropa seit einem Jahrhundert geschaffen wurden, müssen nachgeholt werden.

Ich glaube daher, daß die Ideologien, die wir jetzt, aus unserer gegenwärtigen Situation, an die Entwicklungsländer herantragen können, dort höchstens als Laxativ dienen werden: Sie können Strukturen auflösen und zu einer inneren Reinigung beitragen. Insofern ist der Vergleich mit der unreifen Frucht geradezu tröstlich.

Die neue Ordnung wird aber dann doch auf den Tugen-

⁶ Th. Mann, *Doktor Faustus* – *Die Entstehung des Doktor Faustus*, Frankfurt 1967, S. 681 ff.

den aufgebaut sein müssen, die die Entwicklungsländer wirklich brauchen, nämlich Sparsamkeit, Disziplin, Selbstkritik und Unterordnung unter das Gemeinwohl.

Es darf nicht vergessen werden, daß gerade jene Revolutionstheoretiker, die man heute am meisten verehrt, neben der sozialen Gerechtigkeit diese Prinzipien massiv vertreten haben. Mao hat immer wieder gegen die „kleinbürgerliche Undiszipliniertheit“ gewettert, die er für die Wurzel „extremer Demokratisierung“ hält⁷. Er betrachtet sie als unvereinbar mit einer Kampfsituation. Auch Fidel Castro ist in wenigen Jahren einen ähnlichen Weg gegangen.

Sicher ist, daß diese Theoretiker den Entwicklungsländern in vieler Hinsicht mehr geben können als gerade wir selbst. In unserer Gesellschaft sind Institutionen vorhanden — und werden daher auch nicht mehr geschätzt —, die in den Entwicklungsländern erst mühsam aufgebaut werden müssen. Dabei ist durchaus wahrscheinlich, daß eine Zeit kommt, in der sich die Entwicklungsländer jene Liberalität leisten können, die Europa geistig bereits im 19. Jahrhundert erreichte und die wir jetzt, in einem noch nicht abgeschlossenen Experiment, auf weite Sphären des sozialen Verhaltens ausdehnen.

Nun gäbe es für eine deutsche Staatsführung noch eine letzte Möglichkeit, nämlich die eigenen Experten mit einer egalitären, antiautoritären Ideologie — die Mao als ultrademokratisch ablehnen würde — loszuschicken in der Hoffnung, daß der damit ausgelöste Destruktionsakt letzten Endes jenem Ordnungsstaat zugute kommt, den man für die schwierige Übergangsphase wünschen muß. Wenn man sich aber zu einer solchen machiavellistischen Lösung entschließt, dann müßte man auch die rein wirtschaftliche Hilfe nach dem gleichen Prinzip koordinieren⁸.

⁷ Mao Tse-tung, *Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung*, Peking 1968, S. 195.

⁸ Vgl. K. Jettmar, „Unterstützt die Entwicklungshilfe eine Status-quo-Politik?“, in: *Materialien zur Entwicklungshilfekritik*, Bonn 1969, S. 24–29 (= Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer, Tagungen und Dokumentation, Dok. 462 E 94/69).

Man könnte von der Überlegung ausgehen, daß gewisse Maßnahmen, auch wenn sie von einer einheimischen Führungsschicht manipuliert werden, den gewünschten Effekt hervorbringen — dann nämlich, wenn es gelingt, diese Manipulation bereits einzukalkulieren. Nimmt man eine solche Komplikation in Kauf, dann liegt es nahe, auch die immer präsenten Wünsche und Sorgen der eigenen Wirtschaft zu berücksichtigen, die Manipulationsversuche im eigenen Lager als Faktor in ein solches Konzept einzubeziehen.

Damit steht man in einer Situation, in der man glauben könnte, man müßte für eine sinnvolle Entwicklungsplanung den Begriffsapparat und die mathematischen Möglichkeiten der Spieltheorie einsetzen. Und tatsächlich ist das, zumindest als Gedankenexperiment, äußerst heilsam.

Die normale Entwicklungsplanung, so wie sie etwa in dem Buch von Bruno Knall vorgestellt wird⁹, geht davon aus, es gäbe durch ein Vorverständnis gemeinverbindliche Zielvorstellungen. Am Beispiel Rourkelas kann man belegen, daß dem nicht so ist. Wir treffen hier auf ein ganzes System teilweise konkurrierender und teilweise in Harmonie befindlicher Tendenzen. Die deutsche Industrie suchte ihr Geschäft. Die staatlichen Stellen der BRD — erst später eingespannt — wollten eine Demonstration deutscher Leistung und deutscher Fähigkeit und daneben eine tatsächliche Erhöhung des Lebensstandards indischer ländlicher Bevölkerung. Die Regierungsstellen Indiens hingegen waren nicht nur am ökonomischen Effekt interessiert, sie wünschten eine Zurückdrängung des privaten Sektors, genauer gesagt, der Tata-Werke; ferner schätzten sie die Bedeutung des Stahlwerks für die Rüstung Indiens und damit mittelbar für die staatliche Unabhängigkeit. Die lokalen Behörden wieder wollten

⁹ B. Knall, *Grundsätze und Methoden der Entwicklungsprogrammierung. Techniken zur Aufstellung von Entwicklungsplänen*, Wiesbaden 1969 (= Schriftenreihe des Südasien-Instituts der Universität Heidelberg).

eine Stärkung ihres Eigengewichts, hier kamen dann ökonomische Interessen einer Funktionärsschicht in die Rechnung. Myrdal war sich solcher Verquickungen bewußt, als er schrieb, der Entwicklungsplaner bedürfe einer fast künstlerischen Einfühlung in die Probleme jenes Landes, dem er dienen will.

Nun ist für ein mathematisches Kalkül durch eine solche Besinnung nicht viel gewonnen. Die meisten Faktoren, mit denen wir rechnen müssen, sind nicht quantifizierbar¹⁰. Es gäbe jedoch einen Computer, der solchen Situationen gewachsen sein könnte, nämlich das menschliche Gehirn. Richtig eingesetzt, befähigt es jene seltene Menschengattung, die wir gute Politiker nennen, Entscheidungen in einer Welt divergierender Interessen treffen zu können und dabei Gleichgewichtszustände zu suchen. Man lese hiezu Henry Kissingers Essay über Otto von Bismarck — oder auch nur die Würdigung Kissingers im „Spiegel“¹¹.

Entwicklungshilfe und Politik

Grundsätzlich wäre es also mit den Instrumenten der Entwicklungspolitik möglich, auch an den manipulierenden Kräften in Geber- und Nehmerländern vorbei und mit ihrer Hilfe das zu erreichen, was dem wirtschaftlichen Wachstum und der sozialen Gerechtigkeit in den Entwicklungsländern dienlich ist. Dieser Versuch setzt allerdings eine außerordentlich geschickt angelegte und flexible Art des Disponierens voraus, und es ist sehr die Frage, ob der deutsche staatliche Apparat in seiner gegenwärtigen Phase imstande ist, das zu leisten¹². Die regionalen

¹⁰ K. Jettmar, „Sozio-kultureller Wandel und wirtschaftliche Entwicklung“, in: *Kooperative Entwicklungshilfe*, Bielefeld 1969, S. 169–174 (= Bochumer Schriften für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik, Bd. 6).

¹¹ *Der Spiegel*, 28. 2. 1972, S. 94 f.

¹² Immerhin wären die Chancen jetzt besser als noch vor einigen Jahren. Vgl. hierzu J. Dennert, *Entwicklungshilfe geplant oder verwaltet? Entstehung und Konzeption des Bundesministeriums*

Referate im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit z. B., auf die man sich jetzt stärker als bisher stützen will, werden vorläufig von administrativen Aufgaben erdrückt. Außerdem würde man hervorragende Regionalkenner brauchen, so wie sie etwa den Franzosen auf Grund der langen Verwaltungserfahrung im Felde zur Verfügung stehen. Dazu tritt noch die Sorge, daß ein derartiges Agieren bei der allgemeinen Transparenz der Vorgänge von vornherein abgefangen würde. Je erfolgreicher eine solche Politik wäre, desto problematischer freilich wäre die Abstimmung mit den Zwängen einer keineswegs einfachen Außenpolitik. Im Wohlstand, unter dem Schutz fremder Mächte mag es angehen, Politik zur rechten und zur linken Hand zu treiben. Im Augenblick einer Krise, der Bedrohung oder offener Demütigung wäre doch immer die Versuchung vorhanden, die Entwicklungspolitik wenigstens vorübergehend als Instrument zum Schutze berechtigter Interessen einzusetzen.

Ergebnis

Ehe meine Gedanken sich im Hypothetischen verlieren, möchte ich abbrechen und als Resultat festhalten:

1. Selbstverständlich ist es den Regierungen, die das Erbe der Kolonialmächte angetreten haben, möglich, die Hilfeleistung hochindustrialisierter Nationen zum eigenen Vorteil, etwa zum Schutze des *status quo*, besser: ökonomischer Privilegien der Herrschenden, zu manipulieren.
2. Die Geberländer haben gewisse Möglichkeiten, solche Versuche auszumanövrieren. Allerdings erfordert das ein Denken und Handeln nicht nur in charitativen, sondern in politischen Dimensionen. Die Gefahr, daß man dabei selbst in Bahnen der Machtpolitik gerät, ist erheblich.

für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bielefeld 1968 (= Freiburger Studien für Politik und Gesellschaft überseeischer Länder, Bd. 2).

3. In den ersten Jahren deutscher Hilfsleistungen hätte die Bundesrepublik Deutschland sicher über keinen Apparat verfügt, der solchen Aufgaben gewachsen war. Jetzt wären allmählich die Voraussetzungen gegeben. Allerdings bleiben viele Probleme, z. B. ob es nicht verwerflich ist, Freiwillige, die sich aus ideellen Gründen zur Verfügung stellen, zu solchen konzentrierten Aktionen zu verwenden. Außerdem ist das Mißtrauen der Hilfennehmer ungemein gewachsen — auf Grund der gescheiterten Versuche anderer Industriestaaten aus beiden Lagern.
4. Wenn man Entwicklungshilfe als politische Aufgabe betrachtet, die Kompromisse und eventuell auch ein Überspielen des Partners erfordert, dann muß die Frage nach der Kompetenz kirchlicher Stellen neu durchdacht werden. Sicher hat die Entwicklungshilfe ein gleichsam religiöses Ethos. Wahrscheinlich gehört aber zum Homo religiosus christlicher Spielart mehr berufsmäßiger Glaube an das Gute im Menschen, als dem Agieren auf einem so schwierigen Gebiet wie Entwicklungshilfe angemessen ist.